

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlagsdruckerei: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 28. November 1988

Blatt 2370

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Prager Delegation im Wiener Rathaus (2371/FS: 25.11.)

Österreichischer Städtebund wird in der Bundesverfassung verankert (2381)

Kommunal/Lokal:

Ministerpräsident Rakowski im Rathaus (2372/FS: 25.11.)

In Wien liegen Wartelisten für Turnusärzte offen auf (2373/FS: 25.11.)

Zwangabschuß auf der Donauinsel (2375/FS: 26.11.)

Problemstoffsammelbus im 3. Bezirk (2376/FS: 26.11.)

Weihnachtsbaum strahlt am Rathausplatz (2377/FS: 26.11.)

„Rettet den Stephansdom“: Spendernamen in der Kirche verewigt (2378/FS: 27.11.)

Nachzüglertermine für die Kinderlähmungsimpfung (2380)

Hallenbad Großfeldsiedlung vorübergehend gesperrt (2380)

Landschaftsschutz gemeinsam mit den Bürgern (2382)

Wiener Gemeinderat (2383 ff.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Restliche Arbeiten auf der Nordbrücke (nur FS)

Reparatur auf der Schmelzbrücke (nur FS)

Bezirke:

Adventmarkt im Amtshaus Meidling (2377)

Kultur:

Sonderausstellung „Automobil-Faszination“ im Bezirksmuseum Mariahilf (2374/FS: 26.11.)

Förderungspreise der Stadt Wien überreicht (2374/FS: 26.11.)

„Franz-Adelpoller-Hof“ in Wien 3 (2374/FS: 27.11.)

Wiener Vorlesungen über Emigration und Exil (2379)

Gedenken an Lise Meitner und Max Steiner (2379)

Prager Delegation im Wiener Rathaus

Bürgermeister Dr. Horcik trug sich ins Goldene Buch ein

Wien, 25.11. (RK-POLITIK) Der Prager Bürgermeister Dr. Zdenek HORCIK befindet sich derzeit mit einer Delegation zu einem offiziellen Besuch in Wien. Heute, Freitag, wurde Horcik von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Wiener Rathaus empfangen, wo sich der Gast ins Goldene Buch der Stadt Wien eintrug.

Zilk verwies in seiner Rede auf die jahrhundertelange gemeinsame Geschichte, die noch heute mit rund 200.000 tschechischen Namensträgern in Wien ihren Niederschlag findet. Im weiteren hob der Bürgermeister die Verbesserung und Vertiefung der Beziehungen in der Gegenwart hervor, der jedoch noch viele weitere Schritte folgen müßten — von der Beschleunigung der Bahnverbindung zwischen Prag und Wien bis zur Erleichterung des Grenzübertritts.

Horcik betonte, daß Wien an der ersten Stelle der Freunde Prags stehe. Der Prager Bürgermeister begrüßte die Hilfe Wiener Firmen beim Ausbau und bei der Revitalisierung der touristischen Infrastruktur von Prag. In der nächsten Zeit müßten, so Horcik, in Prag 13.000 Hotelbetten errichtet werden.

Der Eintragung wohnten u.a. Landtagspräsident Hofmann, die Stadträte Dr. Svoboda, Univ.-Prof. Dr. Stacher, Hatzl, Edlinger und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz, die Klubobmänner Ing. Svoboda und Dr. Hirnschall, Magistratsvizepräsident Dr. Peischl, der Prager Vizebürgermeister Dr. Klima, der österreichische Botschafter in Prag Dr. Peterlik und der neue tschechoslowakische Botschafter in Wien Dipl.-Ing. Rusnak bei. (Schluß) chr/bs

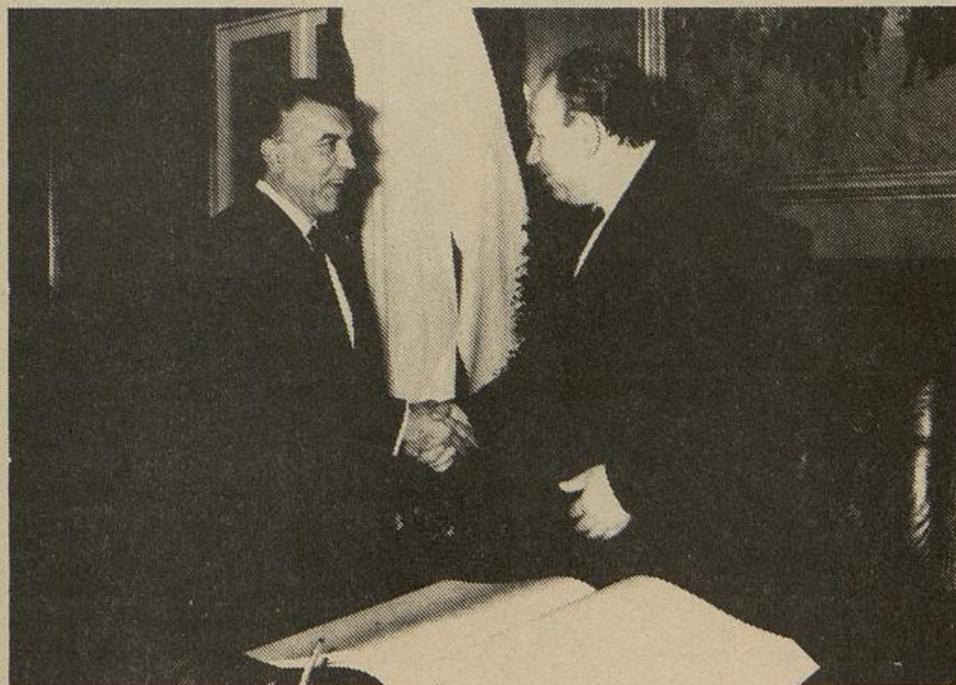


Bild: PID — Hutterer

Bereits am 25. November 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Ministerpräsident Rakowski Im Rathaus

Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Der polnische Ministerpräsident Mieczyslaw F. RAKOWSKI trug sich am Freitag nachmittag im Rahmen seines Österreich-Besuches in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Der hohe Gast wurde im Wiener Rathaus von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßt. Zilk und Rakowski betonten bei diesem Anlaß die vielen Bindungen und Gemeinsamkeiten zwischen Österreich und Polen und unterstrichen die gegenseitige Sympathie zwischen der Bevölkerung beider Länder. Zilk wies auf viele große Polen hin, die zeitweise in Wien gelebt haben oder mit der Geschichte dieser Stadt eng verbunden sind: von Chopin über Sienkiewicz (der hier große Teile von „Quo vadis“ geschrieben hat) bis zurück zu Sobieski und Kolschitzky. Im Mittelpunkt des Österreich-Besuches von Rakowski stehen allerdings naturgemäß nicht historische Reminiszenzen, sondern Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit und Wirtschaftsfragen.

Der Eintragung in das Goldene Buch wohnten auch die Landtagspräsidenten Ing. Fritz HOFMANN und Univ. Prof. Dr. Manfred WELAN, die Stadträte Johann HATZL, Dr. Michael HÄUPL, Christine SCHIRMER, Univ. Prof. Dr. Alois STACHER, Maria HAMPEL-FUCHS und Dipl. Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ, die Klubobmänner GR Dr. Erwin HIRNSCHALL und GR Ing. Karl SVOBODA sowie Magistratsvizepräsident Dr. Alfred PEISCHL bei. (Schluß) ger/sk

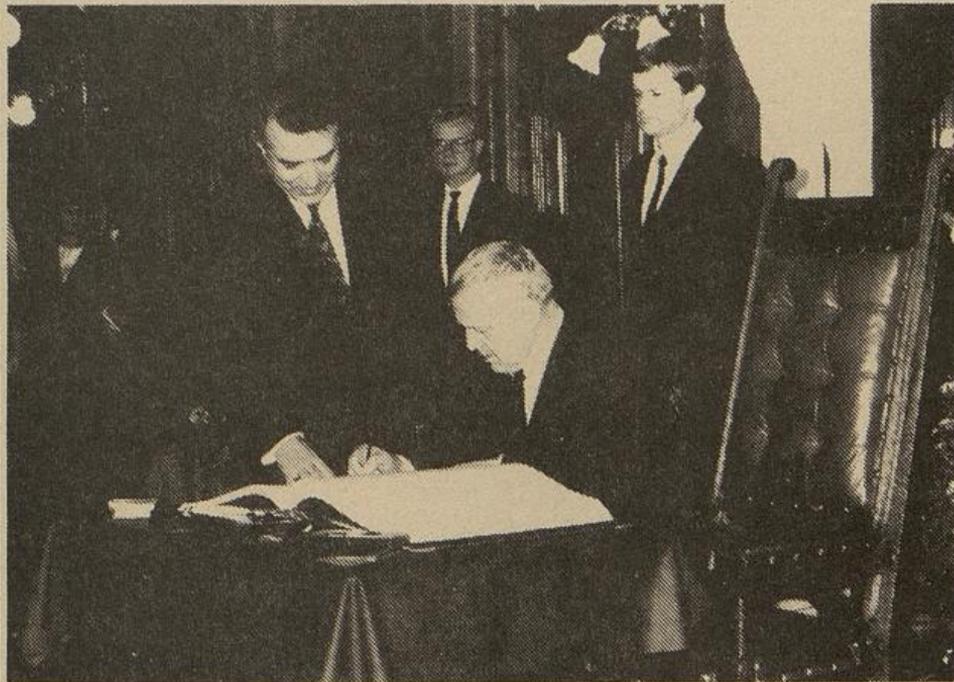


Bild: PID — Hutterer

Bereits am 25. November 1988
über Fernschreiber ausgesendet

In Wien liegen Wartelisten für Turnusärzte offen auf

Stacher zu Forderungen arbeitsloser Jungärzte

Wien, 25.11. (RK-KOMMUNAL) Zu der Forderung arbeitsloser Jungärzte nach Offenlegung der Wartelisten für Turnusärzte stellte der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Freitag nachmittag fest, daß in Wien schon seit langem Wartelisten geführt werden und seit 1984 auch zur Einsicht aufliegen. Turnusplätze in den städtischen Krankenanstalten werden streng in der Reihenfolge der Anmeldung vergeben.

Ausnahmen von dieser Regelung gibt es nur für Studenten mit einem ausgezeichneten Studienerfolg, die sub auspiciis praesidentis promoviert haben, oder für Studenten, die das Studium im zweiten Bildungsweg absolviert haben. Sowohl Bürgermeister Dr. Helmut ZILK als auch Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher haben die anderen Bundesländer und die Privat-spitäler mehrfach aufgefordert, ebenfalls ihre Wartelisten für Turnusärzte offenzulegen. (Schluß) sc/sk

Bereits am 25. November 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Sonderausstellung „Automobil-Faszination“ im Bezirksmuseum Mariahilf

Wien, 26.11. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Mariahilf, Mollardgasse 8, ist bis 30. Dezember die Ausstellung „Automobil-Faszination“ mit Bilddokumentationen, Oldtimer-Modellen und anderen Exponaten zu sehen.

Die Ausstellung ist wochentags von 10 bis 12 Uhr, Mittwoch und Freitag auch von 16 bis 18 Uhr und an Sonn- und Feiertagen von 9.30 Uhr bis 12 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei. (Schluß) gab/bs

Förderungspreise der Stadt Wien überreicht

Wien, 26.11. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte Freitag abend im Palais Palffy die mit je 40.000 Schilling dotierten Förderungspreise der Stadt Wien 1988. Weiters wurden 1988 acht Arbeitsstipendien zu je 20.000 Schilling verliehen. Folgende Künstler und Wissenschaftler erhielten die Förderungspreise:

- Musik: Stephen FERGUSON, Axel SEIDELMANN
 - Geisteswissenschaften: Univ.-Doz. Dr. Michael WEINZIERL
 - Natur- und Technische Wissenschaften: Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Hans IRSCHIK, Dipl.-Ing. Wolfgang OBERLEITNER für die Projektgruppe
 - Medizinische Wissenschaften: Mag. Dr. Elisabeth JANDL-JAGER, Dr. Thomas LION
 - Volksbildung: Dr. Konstantin KAISER
 - Bildende Kunst: Dr. Heidemarie SEBLATNIG, Helmut RAINER
 - Literatur: Antonio FIAN, Werner HERBST
- (Schluß) gab/rr

„Franz-Adelpoller-Hof“ in Wien 3

Wien, 27.11. (RK-KULTUR/LOKAL) Die Städtische Wohnhausanlage in Wien 3, Gestettengasse 12-14, wird nach dem Gemeinderat Franz ADELPOLLER in „Franz-Adelpoller-Hof“ benannt.

Weitere Wohnhausbenennungen

Die Wohnhausanlage Kärchergasse 3-13 im 3. Bezirk wird nach dem Landstraßer Bezirksrat Franz ILLEDITS in „Franz-Illedits-Hof“ benannt.

Die Wohnhausanlage Grünentorgasse 7, in Alsergrund wird nach dem Bezirksvorsteher (1919-1934) Josef SCHOBER, in „Josef-Schober-Hof“ benannt.

Die Wohnhausanlage Schulgasse 19 in Währing, wird nach Gemeinderat Josef HALA in „Josef-Hala-Hof“ benannt. (Schluß) gab/bs

Bereits am 26. November 1988
Über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 26. November 1988
Über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 27. November 1988
Über Fernschreiber ausgesendet!

Zwangsabschuß auf der Donauinsel

Wien, 26.11. (RK-KOMMUNAL) Das Forstamt führt im Bereich Donauinsel Süd einen Zwangsabschuß von Hasen und Kaninchen durch. Der Zwangsabschuß ist erforderlich, da sonst erhebliche Verbißschäden an den Aufforstungen und Neukulturen verursacht würden.

Termine:

Montag, 28.11., 8 bis 13 Uhr: Wehr 1 bis Steinspornbrücke
Montag, 5.12., 8 bis 13 Uhr: Steinspornbrücke bis Wehr 2
(Schluß) du/gg

Bereits am 26. November 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Problemstoffsammelbus im 3. Bezirk

Wien, 26.11. (RK-KOMMUNAL) Der Problemstoffsammelbus ist demnächst im 3. Bezirk unterwegs. Er steht am 28. November auf der Landstraßer Hauptstraße bei der U-Bahn-Station, am 29. November in der Kegelgasse in der Nähe des Hundertwasser-Hauses und am 30. November beim Rochusmarkt, jeweils von 9.00 bis 16.00 Uhr.

Der Bus ist eine rollende Problemstoffsammelstelle, bei der man z. B. Altbatterien, Altöle und Altlacke kostenlos abgeben kann. Im Bus stehen geschulte Mitarbeiter für Beratung und Information zur Verfügung. (Schluß) du/gg

Bereits am 26. November 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Weihnachtsbaum strahlt am Rathausplatz

Wien, 26.11. (RK-LOKAL) Auf dem Wiener Rathausplatz fand Samstag nachmittag vor zahlreichen Zuschauern die feierliche Illumination des Weihnachtsbaumes statt, der in diesem Jahr aus dem Gemeindegebiet von Radstadt im Bundesland Salzburg kommt. Der Salzburger Landeshauptmann Dr. Wilfried HASLAUER sagte in einer kurzen Rede, es sei ein wunderschöner Brauch und ein Zeichen der Verbundenheit zwischen den Bundesländern und der Bundeshauptstadt, daß jedes Jahr ein Bundesland den Weihnachtsbaum der Stadt Wien zur Verfügung stellt. Mögen die Lichter aus Salzburg eine friedliche Advent- und Weihnachtszeit bescheren, und allen Wienern Freude machen.

Anschließend nahm Haslauer mit Knopfdruck die Illumination der 35 Meter hohen Fichte vor.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK verwies auf die vielen Gemeinsamkeiten zwischen Salzburg und Wien, von denen er sich auch bei seiner kürzlichen China-Reise hatte überzeugen können. Beide Städte seien eine Visitenkarte Österreichs in der Welt.

Die Feier endete mit einer Grußrede des Bürgermeisters von Radstadt, Rupert GFÖLLER, der allen Wienerinnen und Wienern die besten Wünsche überbrachte. (Schluß) ull/gg

Adventmarkt im Amtshaus Meidling

Wien, 28.11. (RK-BEZIRKE) Im Meidlinger Amtshaus, 12, Schönbrunner Straße 259, findet heuer zum dritten Mal der „Geraser Advent“ statt: Im Festsaal werden Erzeugnisse der traditionellen Kunsthandwerkskurse im Stift Geras angeboten — von Ikonen, Christbaumschmuck, Gestecken bis Spanschachteln. Außerdem gibt es Waldviertler Spezialitäten wie Mohn-torten und Karpfen zu kaufen. Der Adventmarkt ist kommenden Freitag, Samstag und Sonntag von 9 bis 18 Uhr geöffnet. (Schluß) smo/rr

Bereits am 26. November 1988
über Fernschreiber ausgesendet

„Rettet den Stephansdom“: Spendernamen in der Kirche verewigt

Wien, 27.11. (RK-LOKAL) Im Rahmen einer Feierstunde, an der Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Kardinal Hans Hermann GROER teilnahmen, wurde Sonntag vormittag ein Mikrofilm mit den Namen von rund 35.000 Personen, die sich im Jahre 1987 an der Aktion „Rettet den Stephansdom“ beteiligt haben, unter dem Maria-Pötsch-Altar im Stephansdom aufbewahrt. Anschließend wurde am Nordturm eine Tafel enthüllt, auf der die Namen aller Großspender eingraviert sind, die mehr als 500.000 Schilling für diesen guten Zweck zur Verfügung gestellt haben.

Die Aktion „Rettet den Stephansdom“ wird fortgesetzt, auch im kommenden Jahr sollen alle Spender namentlich in der Kirche verewigt werden. (Schluß) red/gg

Bereits am 27. November 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Vorlesungen über Emigration und Exil

Wien, 28.11. (RK-KULTUR) Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen findet am Donnerstag, dem 1. Dezember, um 19 Uhr, im Wappensaal des Wiener Rathauses statt. In einem Podiumsgespräch diskutieren Univ.-Prof. Dr. Alfred GISEL, DDr. Oliver RATHKOLB, Mag. Dr. Friedrich STADLER und Botschafter i.R. Dr. Hans THALBERG über das Thema des eben erschienenen Buches „Vertriebene Vernunft. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft.“ Die Moderation hat Univ.-Prof. Dr. Erika WEINZIERL übernommen. (Schluß) ger/bs

Gedenken an Lise Meitner und Max Steiner

Wien, 28.11. (RK-KULTUR) Freitag, den 2. Dezember wird Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in der Leopoldstadt zwei Gedenktafeln enthüllen. Sie erinnern an gebürtige Wiener, die im Ausland internationale Berühmtheit erlangten.

Am Haus Heinestraße 27 wird um 10.30 Uhr eine Gedenktafel für Lise MEITNER enthüllt. Die Physikerin Lise Meitner (geb. am 7. November 1878 in Wien, gest. am 27. Oktober 1968 in Cambridge) war Universitätsprofessor in Berlin, mußte nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten nach Dänemark emigrieren und leitete dann eine Forschungsabteilung der schwedischen Akademie für technische Wissenschaften. Mit Otto Hahn entdeckte sie mehrere radioaktive Isotope der natürlichen Zerfallsreihen, dann entwickelte sie die theoretische Erklärung der Kernspaltung.

Am Haus Praterstraße 72, dem Hotel Nordbahn, wird um 11 Uhr eine Gedenktafel für den Filmkomponisten Max STEINER enthüllt. Er wurde am 10. Mai 1888 in diesem Haus als Sohn von Gabor Steiner, dem Erbauer des Riesenrads und des Vergügungsgeländes „Venedig in Wien“, geboren. 1912/13 war er Direktor des Ronacher, 1914 übersiedelte er nach Hollywood, wo er am 28. Dezember 1973 starb. Max Steiner schrieb die Musik zu mehr als 300 Filmen, darunter die Welterfolge „Vom Winde verweht“ und „Casablanca“. (Schluß) sti/bs

Nachzüglertermine für die Kinderlähmungsimpfung

Dienstag und Freitag in den Bezirksgesundheitsämtern

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Für Nachzügler, die die bisherigen Termine für die Schluckimpfung gegen Kinderlähmung versäumt haben, gibt es diese Woche noch zwei Termine in den Wiener Bezirksgesundheitsämtern. Geimpft wird Dienstag und Freitag, jeweils von 9 bis 11 Uhr. Auch eine Auffrischungsimpfung (10 Jahre nach der Vollimpfung) ist zu diesen Terminen möglich. Die Schluckimpfung — drei Tropfen Impfstoff auf ein Stück Zucker — erfolgt kostenlos. (Schluß) sc/bs

Hallenbad Großfeldsiedlung vorübergehend gesperrt

Wien, 28.11. (RK-KOMMMUNAL) Das Hallenbad Großfeldsiedlung muß aufgrund eines Brandes im Lüftungsverteiler vorübergehend geschlossen werden. Die Brandursache ist bisher ungeklärt. An der Behebung des Schadens wird gearbeitet. Voraussichtlich wird das Bad gegen Ende dieser Woche wieder geöffnet sein. (Schluß) du/bs

Österreichischer Städtebund wird in der Bundesverfassung verankert

Meilenstein in der Kommunalgeschichte

Wien, 28.11. (RK-POLITIK) „Das Jahr 1988 ist ein Meilenstein in der österreichischen Kommunalgeschichte“, erklärte der Präsident des Österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK. Am 29. November 1988 liegt dem Nationalrat eine Ergänzung des Österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes zum Beschluß vor. Dem Artikel 115 wird folgender Absatz 3 angefügt: „Der Österreichische Gemeindebund und der Österreichische Städtebund sind berufen, die Interessen der Gemeinden zu vertreten.“

Schon bisher war der Österreichische Städtebund in das Gesetzgebungsverfahren eingeschaltet, wenn es sich um für die Gemeinden wichtige, vor allem auch finanzielle, Angelegenheiten handelte. Der Städtebund hat auch immer wieder Impulse gegeben, um die Gemeindeautonomie zu sichern und auszubauen, was in einer Zeit zunehmender Demokratisierung des örtlichen Lebens sehr wichtig ist. Nur ein rechtlich abgesicherter Entscheidungsfreiraum kann sicherstellen, daß die Gemeinde auch tatsächlich den örtlichen Bedürfnissen entsprechend handeln kann. Von der unmittelbaren Wohnumgebung hängt ein Gutteil der Lebensqualität der Menschen ab, und die Bürger erwarten mit Recht, daß die Gemeinde den Bedürfnissen der Menschen flexibel, bürgernah und wirtschaftlich Rechnung trägt.

Ein besonderer Schritt war deshalb 1962 die Verankerung der Gemeinde-selbstverwaltung in der Bundesverfassung. Mit der am 29. November im Parlament zum Beschluß vorliegenden Novellierung der Bundesverfassung wird die jahrzehntelange Arbeit des Österreichischen Städtebundes für die Selbstverwaltung von Städten aller Größenklassen und Gemeinden anerkannt (Die gründende Versammlung des Städtebundes fand im Jahr 1915 statt. Heute vertritt der Städtebund über 200 Gemeinden mit über 4,1 Millionen Einwohnern).

Städtebund auch Partner im Finanzausgleich

Der Österreichische Städtebund betonte auch immer die Notwendigkeit der finanziellen Absicherung der Gemeindeautonomie durch eine aufgabengerechte Mittelverteilung im Rahmen des jeweiligen Finanzausgleichsgesetzes.

„1988 ist auch in diesem Zusammenhang ein markantes Jahr für die Gemeinden“, erklärte Bürgermeister Dr. Zilk weiter, „weil es in den jüngsten Finanzausgleichsgesprächen nicht nur gelungen ist, für die Gemeinden einen 23prozentigen Anteil an der neuen Kapitalertragssteuer II zu sichern, sondern den Österreichischen Städtebund sowie den Gemeindebund auch im Finanzausgleichsgesetz als Verhandlungspartner fest zu verankern“. Diese Verankerung ist auch der Sicht der österreichischen Städte deshalb so wichtig, weil in den nächsten Jahren eine neue Finanzverfassung auszuarbeiten ist, die unter Umständen erhebliche Änderungen in den Rechtsgrundlagen für die kommunalen Finanzen bringen könnte. Durch die neue Regelung wird es jedenfalls möglich sein, die Anliegen der Städte und Gemeinden mit Nachdruck zu vertreten.

Vorreiterrolle in Europa

Mit diesen neuen Gesetzesbestimmungen setzt der Bundesgesetzgeber aber auch im europäischen Rahmen einen wichtigen Schritt. Schon bisher war die Stellung der österreichischen Gemeinden international gesehen herausragend und Vorbild für viele Länder. Selbst in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz gibt es keine verfassungsmäßige Verankerung der Gemeindeverbände. „Die Realisierung der jahrzehntelangen Forderung nach einer verfassungsrechtlichen Verankerung der Gemeindeverbände ist derzeit besonders wichtig, damit in einer Zeit der rasch zunehmenden europäischen Verflechtung mit den begleitenden Zentralisierungstendenzen die Stellung der Gemeinden im Interesse einer bürgernahen Verwaltung nicht verschlechtert wird“, schloß Bürgermeister Dr. Zilk. (Schluß) stb/gg

Landschaftsschutz gemeinsam mit den Bürgern

Landschaftsschutzgebiete Döbling und Prater

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Die Grünzonen, die den Nordwesten des 19. Wiener Gemeindebezirkes dominieren — Teile des Wienerwaldes, aber auch die Weinbaugebiete um Sievering, Neustift, etc. — stellen aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes ein erhaltenswertes Gebiet dar. Anlässlich der ersten Vorstellung eines Entwurfes für ein „Landschaftsschutzgebiet Döbling“ beim Naturschutzbeirat im Mai dieses Jahres regte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL an, Gebietsabgrenzung und Inhalte des Verordnungsentwurfes mit den Betroffenen zu erarbeiten. Nach zahlreichen Begehungen und Besprechungen der Fachleute der MA 22 mit Weinbauern und Forstleuten konnte nun in der letzten Sitzung des Naturschutzbeirates am 25. November ein Verordnungsentwurf vorgestellt werden, der den Zielsetzungen des Natur- und Landschaftsschutzes und den Bedürfnissen der Betroffenen weitgehend Rechnung trägt. Nach dem Wiener Naturschutzgesetz ist in einem Landschaftsschutzgebiet für alle Vorhaben, die den Gesamtcharakter der Landschaft verändern könnten, eine Bewilligung der Naturschutzbehörde zu erwirken. Dies gilt z.B. für Umbauten oder die Errichtung von Neu- und Zubauten. Im Landschaftsschutzgebiet Döbling, das die Gebiete Kahlenbergerdorf/Nußdorf/Heiligenstadt, Grinzing, Sievering, Neustift/Salmansdorf, Hackenberg und Hungerberg umfassen wird, soll auch die Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Flächen so durchgeführt werden, daß keine schädigenden Auswirkungen auf die Landschaft, speziell auf die Weinbaubereiche, entstehen. „Am Beispiel des Landschaftsschutzgebietes Döbling zeigt sich, daß es nicht ausreicht, die formalen Anforderungen eines legislativen Verfahrens zu erfüllen, vielmehr kommt es auf die inhaltliche Begründung und die Zusammenarbeit mit den Bürgern an“, erklärte Umweltstadtrat Dr. Häupl. Der Verordnungsentwurf für das Landschaftsschutzgebiet Döbling kann nun dem Bezirk im Zuge des Begutachtungsverfahrens zur Stellungnahme übermittelt werden.

Landschaftsschutzgebiet Prater

Im Naturschutzbeirat wurde auch ein Entwurf für ein „Landschaftsschutzgebiet Prater“ vorgestellt. Das Gebiet des Praters, zum Teil bereits jetzt verordnetes Landschaftsschutzgebiet, bildet aus der Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes ein erhaltenswertes Gebiet, das jedoch in seinem Bestand durch unterschiedliche Nutzungen auf bestimmten Flächen gefährdet ist. Die besondere Bedeutung des Praters liegt darin, daß er für die zentralen, dichtverbauten Gebiete der Stadt die nächste große Grünzone darstellt und dementsprechend mit einer Vielzahl von Erholungseinrichtungen ausgestattet ist. Aber durch den Trend zur aktiven Freizeitnutzung ist das Bestehen des naturnahen Teiles des Praters stetig gefährdet. Ein naturnaher Kernbereich konnte erhalten werden, doch besteht an dessen Rändern eine Konfliktzone zur Freizeitnutzung. Diese latente Gefahr soll durch die Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Prater, die aufgrund einer Initiative von Bezirksvorsteher Weißmann erfolgt ist, einer Kontrolle unterzogen werden. (Schluß) du/rr

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde mit der Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. STEYRER (SPÖ), welche Erfahrungen die Einrichtung einer psychiatrischen Abteilung im Kaiser-Franz-Josef-Spital gebracht habe, sagte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß diese Abteilung 1986 im Rahmen der Durchführung des Wiener Psychiatriezielplanes eingerichtet worden sei. Die Erfahrungen mit der Abteilung seien gut. Sie decke den Bedarf des 10. Bezirkes ab, verzeichne jährlich 850 bis 900 Aufnahmen, und sei gut in den übrigen Spitalsbetrieb integriert. Weitere psychiatrische Abteilungen seien in Schwerpunktspitälern wie Lainz geplant und in der Generalplanung für das SMZ-Ost vorgesehen. Die freiwerdenden Pavillons im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe könnten als Genesungspflegeheim genutzt werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. RASINGER (ÖVP), welche Auswirkungen in finanzieller und personeller Hinsicht die Einführung der 35-Stunden-Woche in den Wiener städtischen Spitälern hätte, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER, daß der finanzielle Mehraufwand bei dem derzeitigen Personalstand 1,1 Milliarden Schilling betragen würde. Allerdings würde die 35-Stunden-Woche wegen der verschiedenen Rund-um-die-Uhr-Dienste auch einen zusätzlichen Personalaufwand bedingen, wodurch die Mehrkosten auf 2,6 Milliarden Schilling steigen würden. Generell würde die 35-Stunden-Woche sowohl in der Frage der Rekrutierung des notwendigen Personals wie auch in finanzieller Hinsicht eine schwierige Situation für die Wiener Spitäler bringen.

In der DRITTEN ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ging es darum, ob für StR. Edlinger, als Präsident eines Drittel-Eigentümers der beauftragten Gesellschaft, bei der Erteilung des Baubetreuungsauftrages für den Karl-Marx-Hof nicht Befangenheit gemäß Paragraph 42 WStV vorliege. Bürgermeister Dr. ZILK sagte, daß keine Befangenheit gegeben sei, da die Beteiligung der Gesellschaft, deren Präsident StR. Edlinger ist, eben nur bei einem Drittel liege. Das sei eine Minderheitsbeteiligung, womit Edlinger keinen Einfluß innerhalb der Gesellschaft ausüben könne. Auf Anfrage Hirschalls erklärte sich Bürgermeister Zilk bereit, zu dieser Frage ein Gutachten des Verfassungsdienstes einholen zu lassen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Maria PAUL (SPÖ) über familienentlastende Angebote für Familien mit behinderten Kindern sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL, es sei prinzipielles Ziel aller Maßnahmen, eine Integration zu erreichen. Falls Behinderte nicht in normale Einrichtungen integriert werden könnten, stünden zahlreiche Sondereinrichtungen, die spezielle Förderungsprogramme bieten, zur Verfügung.

Möglich seien auch die Übernahme von Fahrtkosten zu Behinderteneinrichtungen bzw. ein Pflegegeld ab dem 3. Lebensjahr, wenn der Besuch einer Förderungseinrichtung nicht möglich sei. Derzeit würden in Sonderkindergärten 294, in -horten 441, in Behindertenheimen 300 und in Pflegefamilien rund 200 Kinder betreut.

1987, sagte StR. EDLINGER (SPÖ) auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. FUCHS (ÖVP), sei ein Betrag von 4.560.000 Schilling — das bedeute rund 190.000 Beitragszahler — von der städtischen Wohnhausverwaltung an die Mietervereinigung abgeführt worden. Er könne garantieren, daß weder Namen noch Adressen von der städtischen Wohnhausverwaltung an die Mietervereinigung weitergegeben worden seien, zumal eine Übermittlung von Gesamtbeträgen stattgefunden habe. Rund 88 Prozent der Gemeindemieter hätten Beiträge bezahlt, es habe aber nie Namenslisten der Beitragszahler gegeben.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Christine SOTONA (SPÖ) sagte StR. EDLINGER, die Einrichtung der mobilen Gebietsbetreuung und einer Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden im Jahr 1986 habe die Althauspekulationswelle eingedämmt. Man habe im Rahmen dieser Unterstützungsaktion in den letzten zwei Jahren mehr als 400 Fälle bearbeitet und registriere derzeit ein Absinken diesbezüglicher Beschwerden. Auf dem Gebiet der Blocksanierung befinde man sich derzeit in einer Testphase, die vor allem die Gründerzeitviertel betreffe. Die Blocksanierung dürfe aber keine Zwangsmaßnahme bedeuten.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) stellte die SIEBENTE ANFRAGE, womit zu begründen sei, daß Investitionen für den Christkindlmarkt 1987, die unter der Auflage bewilligt wurden, daß sie auch in den kommenden Jahren Verwendung finden, vernichtet wurden. Vizebürgermeister MAYR stellte fest, daß es eine solche Auflage nicht gebe. Dessen ungeachtet sei aber nicht beabsichtigt, irgendwelche für den Christkindlmarkt angeschafften Gegenstände vorzeitig zu vernichten. Alle diese Gegenstände sollten so lange wie möglich verwendet werden, durch das Aufstellen im Freien bei winterlichen Wetterverhältnissen sei jedoch ein gewisser Verschleiß gegeben. Die Gegenstände kommen auch bei anderen Gelegenheiten, wie auf Adventmärkten in den Bezirken oder im Wiener Prater zum Einsatz. Auch der im vergangenen Jahr aufgestellte Komet soll weiter verwendet werden, möglicherweise im Prater.

Zu den Kosten sagte Mayr, er sei bereit, ein gewisses unternehmerisches Risiko auf sich zu nehmen, die positive Entwicklung des Christkindlmarktes zeige die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

In einer kurzen Wortmeldung stellte Bürgermeister Dr. ZILK fest, daß die Präsidiale nach der Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates keine Möglichkeit habe, Fragen zu verändern. Es gehe aus der Geschäftsordnung eindeutig hervor, daß die Präsidiale die Zulassung und Reihung entsprechend den Anträgen der Klubobmänner zu behandeln habe.

Budgetrede Mayr

Die Konjunkturaussichten hätten sich deutlich gebessert, stellte Vizebürgermeister MAYR zu Beginn seiner Budgetrede fest. Der prognostizierte Anstieg des Brutto-Inlandsproduktes von 3,5 Prozent im Jahr 1988 und von 2,5 Prozent im kommenden Jahr seien ganz wichtige Eckpfeiler für die Erstellung des Voranschlages gewesen. Die Arbeitslosigkeit werde heuer erstmals sinken, und für das kommende Jahr werde ein Gleichbleiben erwartet. Weniger günstig sei aber die Preisstabilität, der Inflationszuwachs werde 1989 bei etwa 2,7 Prozent liegen. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß das kommende Jahr für die Wiener Wirtschaft ein gutes Jahr werde. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung und das Ergebnis des laufenden Jahres wurden bei der Schätzung der Einnahmen für 1989 berücksichtigt. Bei den Einnahmen aus den Ertragsanteilen, dem Finanzausgleich, werde jedoch die Auswirkungen der Steuerreform voll durchschlagen.

Die Gesamteinnahmen und -ausgaben für 1989 sind fast ident mit jenen des Jahres 1988. Das sei ein Novum im Wiener Budget, seit 1945 gab es immer Zuwachsraten. Der Voranschlag 1989 sieht Einnahmen von 80.122 Millionen, das sind 0,3 Prozent weniger als 1988 und Ausgaben von 86.901 Millionen, das sind 0,1 Prozent weniger, und einen Abgang von 6.779 Millionen vor.

Wien sei leider nicht so reich, wie manche glauben, betonte Mayr. Würde Wien als Gemeinde in Niederösterreich liegen, so käme die Bundeshauptstadt bei einer Pro-Kopf-Einkommensstatistik auf den 65. Platz der niederösterreichischen Gemeinden. Wien leiste aber einen bedeutsamen Beitrag zur Finanzierung anderer Regionen. Die Umverteilung im Finanzausgleich

Forts. von Blatt 2383

Forts. auf Blatt 2385

zu Lasten Wiens, so Mayr, habe die Reizschwelle längst überschritten, im Jahr 1987 flossen rund 18 Milliarden Schilling in andere Regionen ab. In diesem Zusammenhang betonte Mayr, daß Wien beim Finanzausgleich auf eine grundsätzliche Neugestaltung drängen werde.

Trotz des Sparkurses bleibe das Investitionsniveau der Stadt Wien hoch. Für 1989 wird ein Gesamtinvestitionsvolumen von 20.657 Millionen Schilling erreicht, davon bringen die Stadt Wien 13.128, die Stadtwerke 3.837, die Heizbetriebe 1.198, die Holding 2.124 und die Bezirke 370 Millionen auf. Die Schwerpunkte der Investitionen liegen beim Ausbau der U-Bahn, beim Spitalsbau, bei der Ver- und Entsorgung, beim Umweltschutz und beim Wohnbau.

Beim Wiener Schuldenstand gab es seit 1984 keine großen Sprünge, und im Jahr 1988 sei die Situation auf den ausländischen Kapitalmärkten so günstig gewesen, daß echte Einsparungen bei den Finanzierungskosten erreicht werden konnten. Der Gesamtschuldenstand lag 1988 bei 42,9 Milliarden und werde für 1989 mit 41,1 Milliarden Schilling prognostiziert.

Zur Entwicklung am Arbeitsmarkt stellte Mayr fest, daß die Zuwanderung nach Wien wesentlich höher sei als die Abwanderung. Die meisten Zuwanderer befinden sich in der Altersgruppe der 15- bis 30jährigen, dadurch komme es auch in Wien zu einer Aufstockung des Arbeitskräftepotentials. Während die Abwanderer im Durchschnitt 60 Jahre alt seien, steige durch die jüngeren Zuwanderer künftig auch die Kinderzahl in Wien. Die Zuwanderung bringe aber auch Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeiterkammer und die Handelskammer werden nun eine umfassende Studie über die Arbeitslosigkeit in Wien erstellen. Mit ersten Ergebnissen könne Anfang des kommenden Jahres gerechnet werden. Damit sei es möglich, ein klares Bild von der Arbeitslosigkeit in Wien zu erhalten.

Generaldebatte

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß die negativen Auswirkungen der Steuerreform auf die Budgets der Gebietskörperschaften von diesen kompensiert werden müßten, weil Milliardenbeträge an Ertragsanteilen fehlten. Für viele Wiener bedeute dies, daß verschiedene Vorteile aus der Steuerreform von der Stadt wieder abgenommen würden. Er nannte den Kulturschilling, Mietzinse, Hundeabgabe und Tarifierhöhungen bei den Verkehrsbetrieben. Die Erhöhung des Kulturschillings sei nicht gerechtfertigt, da große Reserven ungenützt brachlägen.

Mit zweieinhalb Milliarden pro Jahr müßten die Wiener unter anderem neben den Kosten für die getrennte Müllsammlung auch für die Sanierung von Rautenweg, Rinterzelt, Kläranlage, EBS und Spittelau aufkommen.

Wiens entschiedener Haltung gegenüber dem Bund bezeichnete Hirschall als begrüßenswert.

Die Weigerung des Landwirtschaftsministers, die Staustufe Wien zum bevorzugten Wasserbau zu erklären, dürfe nicht als Affront gegen Wien gesehen werden, sondern im Lichte der einhelligen Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung.

Wenn Wien und Budapest mit der Expo 1995 betraut werden sollten, dürfe Wien nur dort Mittel aufwenden, wo bleibende Werte geschaffen werden, während die Finanzierung der sonstigen Aufwendungen durch das Management besorgt werden müßte.

Der hohe Schuldendienst mache einen noch sparsameren Umgang mit den Steuermitteln notwendig. Aus diesem Grund fordert die FPÖ eine obligatorische Objektkontrolle durch das Kontrollamt vor Baubeginn. Dieses Modell sei in der Steiermark seit sechs Jahren in praktischer Erprobung und würde wohl längere Planungszeit, aber kürzere Bauführung mit sich bringen.

Forts. von Blatt 2384

Forts. auf Blatt 2386

Unzufrieden äußerte sich Hirnschall zur angekündigten Teilprivatisierung der Wiener Holding, die sich in der Übertragung der Anteile an die „Z“ und an verstaatlichte Banken erschöpfe. Deren Anteile sollten privaten Anlegern angeboten werden.

Weil das Budget Ausdruck einer verfehlten Politik sei, werde es von der FPÖ abgelehnt, schloß Hirnschall.

GR. PROCHASKA (ÖVP) bezeichnete den Budgetentwurf als enttäuschend, als eine Fortschreibung der bisherigen Budgetpolitik der SPÖ. Diese sei, wie auch die Wiener Arbeiterkammer immer wieder bemerke, mitverantwortlich für die triste Arbeitsmarktsituation in Wien mit steigenden Arbeitslosenzahlen und steigender Dauer der Arbeitslosigkeit. Die aktive Industriepolitik, die Verbesserung der Struktur der Wiener Wirtschaft kämen wie in den Vorjahren auch heuer zu kurz. Prochaska kritisierte weiters die „Verfilzung“ von SPÖ-nahen Organisationen mit der Stadtverwaltung und wies in diesem Zusammenhang auf die Mietervereinigung und die automatische Mitgliedschaft von Gemeindemieter in derselben hin. In diesem Zusammenhang stellte er den ANTRAG, das Kontrollamt möge prüfen, welche Beträge die MA 52 für die Mietervereinigung eingehoben habe, auf welcher Rechtsgrundlage dies geschehen sei, welcher Aufwand dadurch für die MA 52 entstanden sei, ob es seitens der Mietervereinigung eine Vergütung dafür gegeben habe, ob der genaue Verwendungszweck der Gelder der MA 52 bekannt gewesen sei, ob in diesem Zusammenhang Bestimmungen des Datenschutzgesetzes verletzt worden seien und ob nicht eine Rückzahlungsverpflichtung durch die MA 52 an Mieter bestehe, bei denen die Einhebung dieses Beitrages ohne deren Wissen und Zustimmung geschehen sei. Prochaska kritisierte schließlich auch die Finanzierung der Jungen Generation durch die Gesiba und die Modalitäten der Wohnungsvergabe durch die Genossenschaft Heimbau. Schließlich übte er an der zu geringen Höhe der Bezirksbudgets Kritik, wodurch der Gedanke der Dezentralisierung ad absurdum geführt werde. Die ÖVP könne dem Budgetvoranschlag nicht zustimmen.

Generaldebatte

Das Budget 1989, sagte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), sei ein realistischer, gelungener Voranschlag und orientiere sich an objektiven Gegebenheiten und einer hohen Spargesinnung sowie sozialer Ausgewogenheit. Das Budget zeige, daß die Wiener Kommunalpolitik sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht durch eine dynamische Entwicklung gekennzeichnet sei. Man müsse, erklärte Svoboda, durch einen klaren Standpunkt und durch ehrliche politische Arbeit vor allem die jungen Menschen dieser Stadt überzeugen, daß mehr Demokratie und mehr Bürgernähe keine leeren Schlagworte, sondern Chancen zur Mitgestaltung und zur Veränderung seien. Im Hinblick darauf müßten für Politiker strengste moralische Maßstäbe gelten.

Es sei eine Frage der Bilanzwahrheit, in einem solchen Debattenbeitrag auch die Negativposten klar aufzuzeigen. So werde man trotz der Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre für den Beginn der 90er Jahre eine höhere Dynamik bei den Ausgaben als bei den Einnahmen zu erwarten haben. In diesem Zusammenhang appellierte Svoboda an die Opposition, bei Verhandlungen über den Finanzausgleich ein Bekenntnis zu Wien abzulegen und sich gemeinsam mit der Rathausmehrheit beim Bund um eine Verbesserung der Finanzierung vor allem im Gesundheits- und im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu bemühen.

Auch bei der geplanten Weltausstellung gelte es, unterstrich Svoboda, alle geistigen und schöpferischen Kräfte des Landes zu mobilisieren und die EXPO zu einem gesamtösterreichischen Anliegen zu machen. Dazu gehöre die Möglichkeit, daß die Bevölkerung mitgestalten könne. Es müsse das Bewußtsein geschaffen werden, daß Investitionen in die Zukunft jedem einzelnen Wiener zugute kommen könnten.

Forts. von Blatt 2385

Forts. auf Blatt 2387

Der Leitgedanke der politischen Arbeit sei die Aufrechterhaltung und Verbesserung wichtiger städtischer Funktionen, erteilte Svoboda eine Absage an die Privatisierungsforderungen der Opposition. Zum Thema Ladenschluß sagte Svoboda, es gebe eine gültige Einigung der Sozialpartner, der die Verordnung Bürgermeister Zilks vollinhaltlich entspreche.

In einer kurzen zweiten Wortmeldung brachte GR. PROCHASKA (ÖVP) den ANTRAG ein, daß in das Budget 1989 ein Sonderfinanzierungsprogramm für die Renovierung der Wiener Volks- und Hauptschulen aufzunehmen sei.

Finanzen und Wirtschaftspolitik

Die ÖVP lehne das Budget ab, weil sie eine Fortschreibung des bisherigen sozialistischen Weges ablehne, sagte Stadtrat NEUSSER (ÖVP). Ein weiterer Grund sei die mangelnde Budgetwahrheit. Zwar wurde eine zweiprozentige Steigerung der Personalkosten berücksichtigt, nicht aber die Erhöhung des Kulturschillings und der Hundeabgabe. Als weitere Kritikpunkte am Budget 1989 führte der Redner an: Für die Stadterneuerung wurden rund 700 Millionen Schilling weniger veranschlagt als im Vorjahr. Der auf Bundesebene deutlich spürbare Hang zur Privatisierung sei bei der Wiener SPÖ nicht auszumachen. Die Debatte um die Teilprivatisierung der Wiener Holding sei im Anfangsstadium steckengeblieben.

Der Schuldenstand der Gemeinde Wien habe sich auf 42,9 Milliarden erhöht. Anstatt das Budget durch eine Einschränkung der Ausgaben zu sanieren, werden die verschiedensten Gebühren erhöht. Neusser beanstandete weiters, daß für die geplante Weltausstellung im Budget noch keine Posten wie für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel usw. berücksichtigt wurden.

Die Stadt Wien mache zu wenig, um den Mangel an Facharbeitern zu beheben. Der Zuwandererfonds allein könne diese Aufgabe nicht wahrnehmen. Abschließend sagte Neusser, daß in Wien die bürokratischen Schikanen ein extrem wirtschaftsfeindliches Klima verursachen.

Der Voranschlag für 1989 sei durch das Novum geprägt, daß erstmals seit 1945 weder ein Wachstum bei den Ausgaben noch bei den Einnahmen gegeben sei, und auch der Abgang bleibe in etwa gleich, sagte GR. OBLASSER (SPÖ). Österreich und damit Wien partizipieren am internationalen Aufschwung, und auch die Steuerreform werde ein höheres Nettoeinkommen der Bevölkerung bringen. Oblasser verwies auf das hohe Investitionsniveau, das im kommenden Jahr mehr als 20 Milliarden Schilling betrage. Davon sei ein großer wirtschaftlicher Effekt zu erwarten. Der Arbeitsmarkt reagiere auf die günstige Konjunktur etwas langsamer, dennoch könne die Arbeitslosenrate für 1989 mit 5,4 Prozent beziffert werden. Und es sei erfreulich, daß die Jugendarbeitslosigkeit in Wien niedriger sei als im Bundesdurchschnitt.

Zum Thema Industriepolitik stellte Oblasser fest, daß die Betriebsansiedlungen forciert würden. Es gebe eine Vielfalt von Förderungen, auch für Klein- und Mittelbetriebe. Besonderes Augenmerk werde der Branchenvielfalt und zukunftssträchtigen Zweigen, wie etwa der Mikroelektronik, der Kommunikationstechnik und der Bio- und der Gentechnologie gewidmet. Wegen der Steuerreform sei es aber auch notwendig, die Förderungsinstrumente der Stadt Wien zu durchforsten und neu zu ordnen. Der Voranschlag 1989 biete die Chance, die Wirtschaftskraft zu erhalten.

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) befaßte sich ausführlich mit dem zur Diskussion stehenden Finanz- und Investitionsplan, der sich in seinen Prognosen kaum vom ersten derartigen Plan unterscheide, welcher vor gut zehn Jahren erstellt wurde. Absehbar seien enormer Gebührendruck und sinkendes Investitionsvolumen. Mit dieser Politik könne sich die ÖVP nicht identifizieren. Die kostspielige Ver- und Entsorgung führe dazu, daß Wiener aus

Forts. von Blatt 2386

Forts. auf Blatt 2388

der Stadt abwandern. Der Investitionsplan zeige eine fallende Tendenz und mache es notwendig, die Ausgaben der Verwaltung zu „entschlacken“. Darüber hinaus kritisierte Wöber Ungenauigkeiten bei den Prognosen, die bei Betrachtung aufeinanderfolgender Finanz- und Investitionspläne augenfällig werden.

GR. SRAMEK (SPÖ) nahm zur Bedeutung des Fremdenverkehrs für das Wiener Wirtschaftsleben Stellung. Mit 6,2 Millionen Nächtigungen und einem Umsatzvolumen von 13 Milliarden Schilling hat der Fremdenverkehr in Wien 1988 neue Rekordwerte erreicht. Ein besonderes Ansteigen war bei den Gästen aus Italien, Deutschland, Spanien und auch Japan zu verzeichnen. In den Vereinigten Staaten laufen die Bemühungen österreichischer Stellen, die in den letzten Jahren eingetretenen Verluste wieder wettzumachen. Sramek wies auf die besondere Bedeutung des Geschäfts- und Kongreßtourismus in Wien hin, wobei die Stellung der Stadt als Zentrum zwischen Ost und West besonders zum Tragen komme. Schließlich betonte er die Notwendigkeit struktureller Verbesserungen auch im Bereich der Hotellerie und bekannte sich dazu, Neugründungen in diesem Bereich ohne Reglementierung zuzulassen.

Die großen Linien des für 1989 veranschlagten Budgets seien unwidersprochen geblieben, konstatierte Vizebürgermeister MAYR. Der Kritik an der Budgetwahrheit hielt Mayr entgegen, daß die „Fortschreibung des Finanz- und Investitionsplanes“ kein stures Festhalten an Planzahlen, sondern ein flexibel gestalteter und realistisch gehaltener Rahmen für die Finanzgebarung sei.

Dem Vorschlag, für die EXPO 95 ein professionelles Management zu installieren, stehe er positiv gegenüber, sagte Mayr, doch werde es vor einer Entscheidung über die Weltausstellung schon aus taktischen Gründen keine Finanzierungsvorschläge seitens der Stadt Wien geben. Zu den Bezirksbudgets, die als mangelhaft kritisiert worden waren, sei zu sagen, daß die 23 Bezirke für 1988 insgesamt 91 Millionen Schilling an Rücklagen veranschlagt hätten. Ebenso wie im Zentralbudget werde auch in den Bezirksbudgets zur Sparsamkeit angeregt. Einer geforderten Bezirksautonomie wolle er, sagte Mayr, nicht das Wort reden.

Zur Kritik an den Ladenöffnungszeiten vertrat Mayr die Ansicht, daß aufgrund der jetzigen Regelung ein Jahr mehr an Verhandlungsspielraum für die Sozialpartner gewonnen worden sei, das man nützen solle. Das Projekt „Südpark“ sei der Versuch, einen bestehenden Verbrauchermarkt in Vösendorf nach Wien zu verlegen und zusätzliche Möglichkeiten für den Kfz-Handel zu schaffen.

Kultur

GR. GINTERSDORFER (FPÖ) sagte eingangs, daß er sich ausführlichere Diskussionen über die großen kulturpolitischen Zielsetzungen im Ausschuß wünsche, und daß dort auch neue Modalitäten für die Besetzung von Spitzenfunktionen im Kulturbereich diskutiert werden sollten.

Der Budgetansatz für die Sommerversammlungen sei erheblich gekürzt worden. In einem Interview werde von Stadträtin Dr. Pasterk in Frage gestellt, ob auch künftig die Veranstaltungsreihe „Die Volksoper in der Staatsoper“ mit Wiener Operetten aus dem Kulturbudget finanziert werden sollte. Wenn diese Veranstaltungen nicht in den kulturpolitischen Auftrag der Stadt Wien fielen, dann müsse auch in Zweifel gezogen werden, ob die Renovierung des Ronachers aus dem Kulturbudget gerechtfertigt sei. Dort werden nämlich großteils Musicals geboten. Es sei deshalb eine klare Haltung zum Kulturauftrag der Stadt Wien notwendig. Es sei fraglich, ob sich Wien eine Sommersaison ohne Operetten leisten könne.

Es sei erfreulich, daß die Budgetansätze für die Bezirksmuseen sowie für die Literaturstipendien erhöht wurden.

Forts. von Blatt 2387

Forts. auf Blatt 2389

Im Hinblick auf die Weltausstellung 1995 müssen schon jetzt kulturpolitische Überlegungen angestellt werden. Gintersdorfer forderte die Bereitstellung höherer Mittel für Kulturveranstaltungen im Ausland.

Eine Dauerausstellung über die „Wiener Schule des Phantastischen Realismus“ wäre wünschenswert. Es sei bedauerlich, so der Redner weiter, daß das Museum für Volkskunde nach zwei Jahren Renovierung noch immer geschlossen sei, weil der Bund die restlichen fünf Millionen Schilling bis jetzt nicht bereitgestellt habe. In diesem Zusammenhang sollte die Kulturstadt Wien unbürokratisch Hilfe leisten.

GR. CZERNY (ÖVP) bedauerte den schlechten Bauzustand der Dr.-Karl-Lueger-Gedächtniskirche auf dem Zentralfriedhof. Die Kirche sei desolat, die Fassade weise Risse auf, im Keller stehe das Wasser, und die Elektroinstallationen seien kaputt. Schon im Juni 1986 habe er darauf aufmerksam gemacht, doch außer Kostenschätzungen sei nichts geschehen. Czerny urgierte eine baldige Einigung über die Kostenaufteilung zwischen der Stadt Wien, dem Bund und der Erzdiözese.

Als besonders beschämend bezeichnete der Redner den Zustand des alten jüdischen Friedhofes beim Tor I. Das ganze Gelände sei ein verwachsener Dschungel, voll Bombentrümmern und Gestrüpp. Dieser alte jüdische Friedhof ist nicht nur eine Begräbnis- und Gedenkstätte, sondern auch ein Teil der Wiener Geschichte und Kultur. Eine Reihe berühmter Persönlichkeiten ist dort begraben. Trotz Zusagen höchster politischer Stellen, so Czerny, sei bisher nichts geschehen, und auch im heurigen Bedenk- und Gedenkjahr wurden diese Versprechungen nicht eingelöst. Hier sei eine große Chance verlorengegangen, auch dem Ausland den guten Willen gerade in diesem Jahr zu beweisen. In einem BESCHLUSSANTRAG forderte der Redner, die Stadt Wien möge in Zusammenarbeit mit der Israelitischen Kultusgemeinde ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um den alten jüdischen Friedhof beim Tor I des Zentralfriedhofes instandzusetzen und in Zukunft regelmäßig zu pflegen.

In Wien wird etwas bewegt, und in Wien passiert Bewegendes, formulierte GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ). Sie nannte als Beispiele das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus auf dem Albertinaplatz, das über die eigene Bewegung des Betrachters zum Denken, Reden und Handeln führen solle, wie auch das Musikfestival „Wien modern“, das dazu beigetragen habe, Vorurteile zu bewegen und gegen den Zeitgeist anzukämpfen. Wien werde auch immer mehr zum Ausstellungsort, sagte Elisabeth Dittrich weiter, weil das Angebot ebenso wie das Publikumsinteresse größer geworden seien. Dies wohl auch deshalb, weil sich die Ausstellungspädagogik verändert habe, indem die Besucher in die Ausstellungswelt einbezogen werden. „Wunderblock“, „Fotovision“, „Aufbruch ins Jahrhundert der Frau“ oder die Ausstellungsserie in der Hermesvilla nannte Dittrich als Beispiele der neuen bewegenden Ausstellungskonzeption. Sie unterstrich die Notwendigkeit einer Förderung der zeitgenössischen österreichischen Literatur. Dazu dienten beispielsweise Buchankäufe, Stipendien oder Projektförderung. „Die kulturelle Tradition ist Teil unserer Stadt. Das, was wir heute unserer Stadt an kulturellen Prägungen geben wollen, haben wir in allen ihren Breiten und Ebenen zuzulassen, zu initiieren, zu fördern und zu bewegen“, schloß Dittrich.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte, daß das Wiener Kulturbudget zu niedrig sei. Ziehe man die beiden Durchlaufposten für Jugendgästehäuser und die Fremdenverkehrsförderung ab, ergebe sich ein Kulturbudget von 892 Millionen Schilling, ein reines operatives Kulturbudget von 772,3 Millionen Schilling. Mit diesem Budgetansatz bleibe Wien prozentuell weit unter vergleichbaren bundesdeutschen Städten. Durch die Budgetknappheit bedingt, komme es auch immer wieder zu Überschuldungen der Wiener Theater, die dann in Entschuldungsaktionen getilgt werden müßten. Damit würde letzten Endes Bankenförderung und nicht Kulturförderung betrieben.

Forts. von Blatt 2388

Forts. auf Blatt 2390

Forts. von Blatt 2389

Im besonderen kritisierte Kauer die gekürzten Budgetansätze bei der Aktion Bundesländer, bei der Förderung der verschiedenen Kulturvereine, bei der Studienförderung und bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung. Hier beantragte Kauer die Aufstockung des Kapitals der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien zur Förderung der Wissenschaft um 100 Millionen Schilling aus Verstärkungsmitteln der Stadt Wien. Dadurch könnte man eine Verdoppelung der derzeit aus Stiftungsmitteln ausbezahlten Förderungen von 8,5 Millionen auf rund 17 Millionen Schilling erreichen. Abschließend forderte Kauer eine verbesserte Zusammenarbeit im Kulturbereich und mehr Informationen für Mandatäre aller Fraktionen.

Der seit 1972 bestehende Altstadterhaltungsfonds habe die Sanierung von insgesamt 3.500 Gebäuden möglich gemacht, sagte GR. STEIER (SPÖ). Das für 1989 vorgesehene Budget in der Höhe von 88 Millionen Schilling werde die Fortsetzung des erfolgreichen Weges der Altstadterhaltung sichern. Mit diesem Zuschuß werde ein Investitionsschub ausgelöst, von dem nicht nur die Bauwirtschaft, sondern auch die Tourismusbranche und das Erscheinungsbild der Stadt und damit ihre Wohnbevölkerung profitieren.

Auch für das Kulturressort gelte die Tatsache, daß ein politisches Programm finanzielle Konsequenzen nach sich ziehe, sagte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK. Es sei erfreulich, daß 1989 das Kulturbudget um 1,38 Prozent höher sei als im laufenden Jahr. Zu den drei Hauptzielen, die sie als Kulturstadträtin gesetzt habe (Wahrung der Tradition, umfassender Kulturbegriff, Förderung des zeitgenössischen Kulturschaffens) komme vor allem das Streben nach Internationalismus in der Kulturpolitik.

Als gelungenes Beispiel der Förderung zeitgenössischer Kultur nannte Pasterk das heuer erstmals veranstaltete Festival „Wien modern“. 20.000 Besucher bestätigten die Richtigkeit des Weges. Im kommenden Jahr soll deshalb im März/April die Veranstaltung „Töne — Gegentöne“ als reines Avantgarde-Festival angeboten werden. Die Stadt Wien wird eine Ausfallshaftung von vier Millionen Schilling übernehmen.

Auch der Ausstellungsbereich soll internationaler werden. Als Beispiel nannte Pasterk die Ausstellung „Moskau — Wien — New York“, in der Arbeiten junger bildender Künstler aus diesen Städten gezeigt werden. Dies unterstreiche auch die Bedeutung Wiens als Drehscheibe zwischen Ost und West. Weiters erwähnte die Kulturstadträtin die Großausstellung „Wunderblock“, die die wissenschaftliche und künstlerische Entwicklung, die zu Freud führte, zum Inhalt haben wird.

Der Budgetansatz für die Literaturförderung wurde um 50 Prozent angehoben. Neben dem Canetti-Stipendium wird es künftig auch ein „Wiener Autoren-Stipendium“ in Höhe von 360.000 Schilling geben. Für kleinere Sofortmaßnahmen wird ein „Notgroschen“ von zweimal 20.000 Schilling bereitgehalten. Die Mitteln für „Literatur im März“ im Wiener Künstlerhaus wurden von zwei auf drei Millionen Schilling angehoben. Im kommenden Herbst werde es erstmals ein großes Wiener Literatursymposium mit dem Themenschwerpunkt Lateinamerikanische Literatur geben.

Für die Freien Gruppen wurden die Mitteln ebenfalls aufgestockt. Zu den 16 Millionen Schilling der Stadt Wien kommen weitere 4,5 Millionen Schilling Bundesförderung, die von einem Beirat vergeben werden. Die Budgetansätze für die anderen Wiener Theater sind gleich hoch geblieben.

Auch Kulturbereiche wie die Videokunst und die Filmförderung wurden im Budget 1989 mehr als bisher berücksichtigt. Das Budget für die Bezirkskultur wurde um 14,1 Prozent angehoben. Es sei erfreulich, daß im kommenden Jahr mit der Renovierung des Bezirksmuseums Josefstadt begonnen wird.

Zu Debattenbeiträgen ihrer Vorredner erklärte Pasterk, daß die Sommerveranstaltung „Die Volksoper in der Staatsoper“ neu überlegt werde.

Forts. auf Blatt 2391

Zur Ausrichtung der Kulturpolitik auf die Weltausstellung 1995 sei anzumerken, daß laufend versucht werde, Ausstellungen zwischen Wien und Budapest auszutauschen. Über den Abschluß der Renovierungsarbeiten im Museum für Volkskunde sagte Pasterk, daß in Gesprächen mit dem Direktor nach Lösungen gesucht werde.

Als Verantwortliche sei ihr die Budgetwahrheit ein großes Anliegen gewesen. Es wurde versucht, die einzelnen Budgetposten den sachlich richtigen Ansätzen zuzuordnen. Aus diesem Grund sei es zu größeren Verschiebungen gekommen. Dieses Bemühen solle als Schritt zu mehr politischer Kultur gewertet werden.

Bildung, Jugend, Familie und Soziales

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) vermißte die Zusammenarbeit des Sozialressorts mit der Arbeitsmarktverwaltung zur Lösung des Problems der Dauerarbeitslosigkeit. Das Beispiel der Renovierung der Eggenburger Stadtmauer könnte auch in Wien nachgeahmt werden. Auch für die Randgruppen müsse Sinnvolleres getan werden. Im Budget vermisse sie Ansätze für die versprochenen „kleinen Wohneinheiten“ für Obdachlose, und die Rednerin stellte die Frage, wie es mit dem Obdachlosenkonzept weitergehe. GR. Landauer sprach sich für das „Berliner Modell“ aus, nach diesem werden Sozialhilfeempfänger für gemeinnützige Arbeiten herangezogen. Am Beispiel des „Maskenräubers“ habe sich gezeigt, daß manche das Sozialsystem rücksichtslos ausnützten, während andere durch das Maschennetz des Sozialsystems durchfielen. Das „Berliner Modell“ könnte den Mißbrauch der Sozialhilfe erschweren; in diesem Zusammenhang urgierte Landauer ein System zur Überprüfung der Sozialhilfe.

Die Aufstockung der Mittel für die Behindertenhilfe begrüßte die Rednerin, allerdings herrsche große Unzufriedenheit mit dem Fahrtendienst. Weiters kritisierte Frau Landauer Mißstände in der „Stadt des Kindes“ und Mängel bei Spielplätzen.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) befaßte sich mit der „vergessenen Jugend“, den 13- bis 15jährigen. Sie berichtete in diesem Zusammenhang über ein internationales Forschungsprojekt der Weltgesundheitsorganisation mit dem Titel „Einsamkeit als Risikofaktor“. Dabei habe sich gezeigt, daß es einen Zusammenhang zwischen sozialer Desintegration und Gesundheit gebe. Soziale Desintegration lasse Jugendliche zu rauchen und zu trinken beginnen, weil sie meinen, sie könnten über dieses Statusverhalten Eingang in die Gemeinschaft finden. Für die Stadt Wien ergebe das Forschungsprojekt, daß vorrangig Bemühungen gegen die Desintegration und Einsamkeit dieser Altersgruppe unternommen werden müssen. Kulturelle Jugendbetreuung greife jedoch nur bei sozial Integrierten, während bei den anderen die Hemmschwelle nicht überwunden werden könne. Ähnliches gelte auch für die Jugendzentren. Sozial Desintegrierte würden das Alleinsein dort verstärkend empfinden. Man müsse den Jugendlichen entgegenkommen — durch Streetworker, Sozialarbeiter (davon gebe es zu wenig) und freie Jugendarbeit (sie müsse besser finanziert werden). Die soziale Integration müsse durch geschäftsgruppenübergreifende Arbeit innerhalb der Stadtverwaltung gefördert werden.

GR. Margarete DUMSER (SPÖ) betonte die Notwendigkeit von mehr Toleranz gegenüber dem Verhalten nicht konformer Gruppen der Gesellschaft, von mehr Verständnis, mehr Gespräch, um die Isolation von Personen oder Gruppierungen zu durchbrechen. Im besonderen sei das im bezug auf die Halbwüchsigen notwendig. Hier müsse man auch durch entsprechende Förderung und weiterführende Betreuung mit Anschlußarbeitsplätzen für ein entsprechendes soziales Netz sorgen. Die Lernstadt in der Triester Straße sei ein entsprechendes Modell, bei dem zusätzlich auch die Freizeitgestaltung und die Kommunikation einbezogen seien. Dumser plädierte auch für Präventivmaßnahmen, um Jugendlichen die Schicksale

Forts. von Blatt 2390

Forts. auf Blatt 2392

der Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit zu ersparen. Im Bereich der Jugendzentren betonte sie die Verschiebung der Akzente hin zur Beziehungsarbeit. Generell sprach sich Dumser für verstärkte Bewußtseinsbildung im Sinne der Erziehung zu Solidarität und Gemeinsamkeitsdenken aus.

Die Festlegung von klaren, überprüfbaren und vergleichbaren Kriterien bei der Postenvergabe im Schuldienst forderte GR. GINTERSDORFER (FPÖ). Ziehe man nüchtern Bilanz über die bisherigen Fortschritte bei der Objektivierung der Postenvergabe im Schulbereich, so habe man zwar kleine Fortschritte gemacht, doch könne von einer wirklichen Objektivierung noch keine Rede sein. Nötig dazu sei die Festlegung eines verbindlichen Anforderungsprofils. Erst dann könne man von echten Bestrebungen zur Objektivierung sprechen.

GR. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) führte aus, daß für die rund 20 Jugendzentren im Budget 1989 70 Millionen Schilling vorgesehen seien. Für die drei Nachbarschaftshilfezentren des Sozialen Hilfswerkes hingegen wurden nur 200.000 Schilling veranschlagt, obwohl diese Menschen aller Alters- und Sozialgruppen betreuen. Wenn die so häufig geäußerte Einladung zur Zusammenarbeit ernst gemeint sei, müßte eine gerechtere Verteilung Platz greifen. Durch die Errichtung neuer Nachbarschaftshilfezentren könnte die unmittelbare Hilfe für den Bürger in unbürokratischer und menschlicher Form wesentlich verbessert werden.

Die Behindertenkommission habe parteiübergreifend sehr gute Arbeit geleistet. Es sei notwendig, das öffentliche Bewußtsein für die Probleme behinderter Menschen zu schaffen. Dieses Bewußtsein verlangte die Rednerin vor allem auch für die Gemeinde Wien. So sollten noch mehr Behinderte in den Gemeindedienst aufgenommen und die öffentlichen Verkehrsmittel behindertengerecht ausgestattet werden.

GR. STRANGL (SPÖ) begrüßte die Konsenssituation im Sozialbereich, diese sei auch nötig für die Sozialbetreuung der betroffenen Mitbürger. Strangl sprach sich für eine weitere Koordination zwischen den einzelnen Stellen in der Sozialarbeit aus. Zum Thema Nachbarschaftshilfe stellte der Redner eine Diskrepanz zwischen der ursprünglich freiwilligen Arbeit und der später aufgestellten Forderung nach Bezahlung fest. Die Nachbarschaftshilfe könne nur als Ergänzung gesehen werden. Im Voranschlag sind für die sozialen Dienste 70 Millionen mehr vorgesehen. Das deshalb, weil der Bedarf an Heimhilfe, Reinigungsdiensten, Besuchsdiensten und der Aktion „Essen auf Rädern“ zugenommen habe. Mit der Steigerung von 100 Millionen Schilling in der Behindertenbetreuung sei es möglich, das Programm, in zehn Jahren 1.000 Behindertenwohnplätze zu schaffen, zu erfüllen. In zwei Jahren wurden damit 200 Wohnplätze geschaffen. Strangl bedauerte, daß es fast nicht möglich sei, für Behinderte in der Privatwirtschaft Arbeitsplätze zu finden.

Einen Appell, gemeinsam an einer Verbesserung der Situation von obdachlosen Menschen zu arbeiten, richtete Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL an den Wiener Gemeinderat. Man sei aber nicht nur auf das Verständnis der Bürger und die Arbeit der Verantwortlichen, sondern auch auf Maßnahmen der Bundesländer, die zu diskutieren man bei der Sozialreferententagung übereingekommen sei, angewiesen. Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Behinderte sei ein erster Schritt zu intensiverer Betreuung in kleineren Wohneinheiten mit dem Ziel der Integration. Zum „Berliner Modell“ sagte Smejkal, es sei nicht die Absicht ihrer Fraktion, den Zwang, dem Nichtseßhafte durch gesellschaftliche und soziale Benachteiligung ausgesetzt seien, durch finanzielle Repressalien weiter zu verstärken. Es gelte, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, die Betroffenen aber nicht durch den Entzug ihrer ohnehin minimalen Lebensgrundlagen völlig hilflos zu machen. Die Stadt Wien sei im Bereich der Behindertenarbeit auch auf Private, die behinderten Menschen Arbeitsplätze anbieten könn-

Forts. von Blatt 2391

Forts. auf Blatt 2393

ten, angewiesen. Man werde, kündigte Smejkal an, in diesem Bereich die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung um Verständnis und Hilfe für die Betroffenen forcieren.

Die Sitzung wurde um 19.57 Uhr unterbrochen und wird morgen, Dienstag, fortgesetzt. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2392